

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**  
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2  
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 5. November 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letztmal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern. Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet. Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist. Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

**Alle Stimmen für die Sozialdemokratie!**

Der Bundesvorstand des ADGB.

## Richterspruch von Leipzig – und was nun?

Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt – so lautete im Hinblick auf die Entscheidungsmacht des Papstes in der katholischen Kirche ein altes Sprichwort. Am 25. Oktober hat der höchste deutsche Gerichtshof sein Urteil in dem Verfassungskonflikt zwischen Preußen und der Herrenregierung Papen-Schleicher gefällt. Aber diese Sache ist damit nicht erledigt. Wir stehen im Gegenteil nicht am Ende, sondern am Beginn eines Verfassungskonfliktes von gewaltiger politischer Bedeutung. Was bedeutet in diesem Kampf der Richterspruch von Leipzig?

In doppelter Weise können wir die Bedeutung dieses Urteils würdigen: rechtlich und politisch. Die rechtliche Beurteilung – und die allein war Aufgabe der sieben Richter des Staatsgerichtshofs – hat festzustellen, ob das Verhalten der Reichsregierung am 20. Juli im Einklang stand mit dem Wortlaut und Sinn der Weimarer Verfassung. Für den Richter sind die Normen der geschriebenen Verfassung der Maßstab, an dem er das Vorgehen der Regierung zu messen hat. Anders denkt der Politiker. Ihm erschließt sich die politische Bedeutung des Urteils und der ihm zugrunde liegenden Vorgänge aus der Antwort auf die Frage: Was hat die Regierung Papen am 20. Juli gewollt, welches war ihr Ziel und was hat sie tatsächlich erreicht? Welche Wandlungen sind in der gegenwärtigen politischen Situation durch das Urteil eingetreten? Der Politiker

zieht auch all die unwägbareren und unmeßbaren Kräfte in seine Überlegung ein, die oftmals die Hauptsache sind bei einer politischen Aktion, die aber der Jurist nicht beachten darf. Deshalb ist auch die politische Würdigung des Urteils und seiner Folgen für uns wichtiger.

Die staatsrechtlichen Ausführungen des Leipziger Urteils hatten die Frage zu entscheiden, ob die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli durch den Diktaturartikel 48 der Verfassung gedeckt wurde. Die entscheidenden Sätze dieses Artikels haben folgenden Wortlaut:

„I. Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

II. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen...“

Der Versuch der Herrenklubregierung, Otto Braun und Karl Severing – denn den „Marxisten“ vor allem galt der Schlag – durch die Anwendung des ersten Abschnitts dieser Bestimmung mit dem Mahel der Pflichtverletzung behaftet aus dem Amt zu jagen, ist völlig mißlungen. Klar und eindeutig hat der Staatsgerichtshof festgestellt, daß die Reichsregierung die ihr von der Verfassung

gesetzten Schranken durchbrochen hat, indem sie zur Rechtfertigung ihres gewaltsamen Vorgehens behauptete, die preußische Regierung habe die ihr obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Er hat ebenso klar entschieden, daß es nicht angeht, einen Reichskommissar als Landesregierung einzusetzen und die verfassungsmäßigen Minister ihrer Ämter zu entheben. Das heißt, daß die Regierung Braun-Severing nach wie vor als die verfassungsmäßige preußische Regierung zu betrachten ist. Viel weniger befriedigend als dieser Teil des Urteils sind die Ausführungen des Staatsgerichtshofs, die sich mit der Anwendbarkeit des II. Absatzes des Artikels 48 befassen. Das Urteil hat die Verordnung insoweit für gültig erklärt, als sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für Preußen bestimmt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen. Aber die Regierung hat unrecht, wenn sie unmittelbar nach Verkündung des Urteils verbreiten ließ, der Staatsgerichtshof habe die Verordnung des Reichspräsidenten in vollem Umfang bestätigt, denn in einem der politisch bedeutungsvollsten Punkte ist die Reichsregierung unterlegen. Das Urteil bestimmt, daß der Regierung Braun die Vertretung Preußens im Reichsrat und Reichstag sowie gegenüber den anderen Ländern belassen werden muß und ihr die verfassungsmäßigen Rechte gegenüber den anderen höchsten Landesorganen — Landtag und Staatsrat — ebenfalls nicht genommen werden können. Die politische Bedeutung gerade dieses Teils des Urteils werden wir noch erörtern. Erfreulich ist für uns auch die entschiedene Feststellung des Staatsgerichtshofs, daß den Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 durch die Verfassung selbst unübersteigbare Grenzen gesetzt sind. Mit anderen Worten heißt das, daß mit dem Artikel 48 eine Verfassungsänderung nicht zu machen ist. Jeder Versuch in dieser Richtung würde ein unleugbarer und unverhüllter Verfassungsbruch sein. Das ist ein deutliches Warnungssignal für die weiteren Pläne der Papen-Regierung. Das Urteil enthält aber auch manche Unklarheiten und Widersprüche. So hat der Staatsgerichtshof zu den rechtlich außerordentlich schwierigen Fragen des Ermessensmißbrauchs und der Ermessensüberschreitung sehr anfechtbare Ausführungen gegeben und es abgelehnt, allgemein gültige Begrenzungen des Artikels 48 zu geben. Vor allem aber ist es die Frage der Beamtenabsetzungen und -ernennungen durch den Reichskommissar, deren Behandlung durch den Staatsgerichtshof zu schärfstem Widerspruch herausfordert. Die Entscheidung erklärt mit wenigen Sätzen, daß die endgültige Ernennung, Entlassung oder Beförderung von Beamten durch die Reichskommissare im Rahmen der dem Reichspräsidenten verliehenen Diktaturbefugnisse liege. Dabei hat der bekannte Beamtenrechtler Prof. Giese in der Verhandlung klar darauf hingewiesen, daß eine solche Befugnis nicht nur mit dem Sinn, sondern auch mit dem Wortlaut der Verfassung unvereinbar ist. Es wird die schriftliche Begründung des Urteils abgewartet werden müssen, um zu diesen Fragen näher Stellung nehmen zu können. Die Reichsregierung aber, die sich so gerne als Beschützerin eines unabhängigen Berufsbeamtentums aufspielt, mag sich fragen, ob sie nicht durch ihr Vorgehen gerade das Gegenteil erreicht und durch die rücksichtslose Entfernung hochqualifizierter Beamter aus nichts als politischen Gründen und ihre Ersetzung durch parteipolitische Günstlinge die Grundlagen des Berufsbeamtentums aufs schwerste erschüttert. Trotz dieser großen Bedenken, die einzelne Teile des Urteils in uns erwecken, soll aber nicht verkannt werden, daß die Richter des Staatsgerichtshofs ein erfreuliches Maß von Zivilcourage bewiesen haben, indem sie den mit der Verfassung nicht im Einklang stehenden Plänen der Regierung ein deutliches Halt entgegensetzten. In diesem Sinne bedeutet das Urteil vom 25. Oktober einen Erfolg des Rechtsstaatsgedankens, den man nur voll ermessen kann, wenn man weiß, wie die Idee des Rechtsstaats heute von rechts und links mit Füßen getreten wird.

Auch in unseren Reihen hat es Kreise gegeben, die den Gedanken des Rechtsstaates und die Einrichtung der Staatsgerichtsbarkeit als ein liberales Erbgut zum alten Eisen werfen wollten. Gewiß, der Liberalismus als Bewegung und gestaltende politische Kraft ist tot. Aber das hindert nicht, daß seine Institutionen im Kampf um die Verteidigung der Demokratie für die Arbeiterklasse von größtem Wert sein können. Die Pläne der Papen-Regierung nicht minder wie der Nationalsozialisten zeigen, daß die Reaktion den Wert der rechtsstaatlichen Garantien für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse sehr wohl erkannt hat. Deshalb will sie diese Garantien beseitigen. Doch damit sind wir schon bei der politischen Bedeutung des Leipziger Urteils an-

gelangt. Sie ist eine doppelte. Die Reichsregierung hat einmal eine Niederlage erlitten, denn ihr Versuch, dem Staatsstreich vom 20. Juli ein verfassungsmäßiges Mäntelchen umzuhängen, ist gescheitert. Was die Presse bei Gefahr sofortigen Verbots nicht feststellen durfte, das hat der Staatsgerichtshof jetzt getan: Mit der Verfassung nicht vereinbar! Wichtiger ist der zweite Gesichtspunkt. Nach dem Urteil in Leipzig ist die Regierung gezwungen Farbe zu bekennen. Für sie gibt es jetzt nur noch ein entweder — oder. Entweder sie erkennt das Urteil an, dann wird sie ihre jetzt veröffentlichten Pläne zur „Verfassungsreform“ beiseite lassen müssen. Der Weg über den Reichsrat unter Ausschaltung des Reichstags ist ihr versperrt, denn dort wird ihr die preußische Regierung Braun-Severing entgegentreten. Es gibt keinen verfassungsmäßigen Weg, auf dem die Reichsregierung zum Ziele gelangen könnte, es sei denn zurück, woher sie kam. Oder aber das Herrenkabinett fühlt sich stark genug, die Rolle Bismarcks vor siebzig Jahren spielen zu können: dann steht Dolksrecht gegen Herrenmacht in offener und klarer Kampffront. Noch versucht die Regierung diese offene Kampfstellung zu vermeiden. Noch glaubt sie durch geschicktes Jonglieren mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs und durch eine Auslegung der Verfassung, die von den preußischen Vertretern vor dem Staatsgerichtshof als „Situationsjuristerei“ treffend gekennzeichnet wurde, den wahren Charakter ihrer Pläne verhüllen zu können. Aber das alles nicht ihr wenig. Ihre Niederlage kann sie nicht verbergen und jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt sie nur tiefer in den Verfassungskonflikt hinein. In der Verordnung vom 20. Juli hieß es, daß dem Reichskanzler alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten und den von ihm ernannten Reichskommissaren alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zustehen sollten. Der Staatsgerichtshof hat davon entscheidende Befugnisse abgestrichen und erkannt, daß der verfassungsmäßigen preußischen Regierung wichtige Rechte verblieben sind, die ihr niemals genommen werden können. Trotzdem soll nach den jetzt bekanntgegebenen Plänen des Reichskabinetts die „organische Verbindung“ Preußens mit dem Reich durch Zusammenlegung preußischer Ministerien mit Reichsministerien oder durch Personalunion noch enger gestaltet werden. In einer Art und Weise, aus der die ganze Starrheit und der politische Machtdünkel des preußischen Junkers spricht, will man über die Rechte der Regierung Braun hinweggehen. Herr Hugenberg, die einzige parlamentarische Stütze der Papen-Regierung, hat sie aufgefordert, sich nicht durch das Leipziger Urteil behindern zu lassen, sondern dessen „juristische Zwirnsfäden“ zu zerreißen, und die „DAS.“ hetzt kräftig mit. Klarer kann nicht ausgesprochen werden, um was es sich hier handelt, und wenn auch der Pressemauskorb verbietet auszusprechen was ist — wir alle wissen, um was es geht. Neben der geschriebenen Verfassung gibt es noch eine andere. Ferdinand Lassalle, der in dem Verfassungskonflikt vor siebzig Jahren zum erstenmal die deutsche Arbeiterklasse zu politischem Bewußtsein erweckte, hat es in seiner gerade heute so ungeheuer aktuellen Rede „Ueber das Verfassungswesen“ ausgesprochen: „Was auf das Blatt Papier geschrieben wird, ist ganz gleichgültig, wenn es der realen Lage der Dinge, den tatsächlichen Machtverhältnissen widerspricht. Die wirkliche Verfassung eines Landes — das sind die im Lande bestehenden tatsächlichen Machtverhältnisse!“ Um diese Machtverhältnisse wird in dem Verfassungskonflikt der Gegenwart, dessen Anfang wir kennen, dessen Ausgang dunkler ist als je, gerungen. Ob die Demokratie und die politische und soziale Freiheit der Arbeiter zum Siege geführt werden, das liegt allein an uns selber. Noch immer ist die Arbeiterklasse ein reales Stück Macht im Staate und darum, um mit Lassalle zu sprechen, ein Stück der wahren Verfassung, wenn sie sich nicht selbst aufgibt. Die nächste Episode in diesem Kampf werden die Wahlen des 6. November sein. Aber so viel ist heute schon gewiß, daß auch diese Wahlen nur eine vorübergehende Bedeutung erhalten und bald von größeren und entscheidenden Ereignissen überholt sein werden. Vielleicht werden dann auch die Kommunisten, deren Einheitsfrontgeschrei heute nur ein engstirniges und frivoles Spiel mit der wahren Idee der geeinten deutschen Arbeiterklasse ist, die Bedeutung dieses Kampfes um die von ihnen so verachtete Demokratie erkennen. Wir aber tun inzwischen unsere Pflicht, nicht nur am 6. November und nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern täglich und allerorten und wennes sein muß — mit allen Mitteln. Das ist für uns die Lehre des Leipziger Urteils über den Staatsstreich vom 20. Juli. Und die Antwort auf die Frage: Was nun? sei unser millionenfacher entschlossener Ruf: F r e i h e i t!

# Der Volksentscheid am 6. November

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Sie wird „geschützt“, aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll „reformiert“ werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung, des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen. Aber die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes. Der Reichskanzler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuergutscheine und Prämien für sich zu gewinnen, die anderen durch Kontingente und Zölle, die einen wie die anderen durch Subventionen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuergutscheine, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hinfreten und sich rechtfertigen müssen, wie er es „vor Gott und der Nation“ begründen will, daß die Arbeiter durch jede seiner Notverordnungen mehr entrechtet und tiefer ins Elend gestoßen werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

In Ministerreden wird von „überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen“ geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhlung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit anderen Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied in dem größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Eben darin besteht ihre Gefahr. Denn diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroffem, feindlichem Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschrittes, bei den Vorkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jenen Kreisen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzvorrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören

und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit volksfremder Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verkoppeln, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geiste geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschland, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk. Die deutsche Arbeiterschaft kann der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. Ihr staatspolitisches

## Kollegen!

In allen Versammlungen ist auf unsere Werbeaktion hinzuweisen. Jetzt heißt es: **Wahl- und Werbearbeit**

Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland.

Um dieses Zieles willen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiß, daß in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiß auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite das lebendige Recht der inneren Freiheit unseres Volkes war.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung beseelt, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind.

Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein,

wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen,

um den sozialen deutschen Volksstaat

auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

Th. Leipart.

<p><b>Gegen</b></p>  <p><b>Terror und Diktatur!</b></p>	<p><b>Gegen</b></p>  <p><b>Lohnraub</b></p>	<p><b>Gegen</b></p>  <p><b>Hunger Zölle</b></p>	<p><b>Für</b></p>  <p><b>Freiheit und Arbeit!</b></p>
<p><b>Wählt Sozialdemokraten Liste 2.</b></p>			

## In letzter Stunde — gedenkt des 9. November!

Im Moment, da diese Zeilen in Druck gehen, tauchen gefährliche reaktionäre Pläne der Reichsregierung auf über die Umgestaltung des Wahlrechts für den deutschen Reichstag. Man will nicht nur das Wahlalter auf 25 Jahre heraufsetzen, sondern auch durch Mehrstimmenrecht ein so kompliziertes Wahlsystem schaffen, daß daraus der Wille des deutschen Volkes schwerer ersichtlich wird. Die Wähler haben es bei dieser Reichstagswahl zum letztenmal in der Hand zu entscheiden, ob sie die deutsche Geschichte um hundert Jahre rückwärts gestalten oder ob die noch vorhandenen Errungenschaften der Novemberrevolution 1918 erhalten bleiben.

— In wenigen Tagen — am 9. November — müßten wir in ganz Deutschland die Revolutionsfeier begehen. Sie brachte uns die deutsche Republik, den gesetzlichen Achtstundentag, die freie politische Betätigung der Beamten und somit ihr volles Koalitionsrecht. Alle diese Dinge werden heute als eine Selbstverständlichkeit angesehen, und doch sind sie in großer Gefahr. — Das deutsche Volk ist heute in sich zerissener denn irgendeine große Kulturnation der Erde. Die Not der Zeit treibt die Menschen zur Verzweiflung, und nicht nur die Millionen Arbeitslose — soweit sie nicht freigewerkschaftlich und politisch geschult sind — erblicken in der Sinnlosigkeit der Wirtschaft des Kapitalismus auch gleichzeitig eine Sinnlosigkeit der Politik. Darum wollen sie unter allen Umständen einen vollständigen politischen Wandel, ganz gleich welcher Art. Denn nur die Weltwirtschaftskrise in ihrer furchtbaren Auswirkung hat es allein ermöglicht, daß die Nationalsozialisten eine so ungeheure Auftriebskraft bekommen haben, und daß auf der anderen Seite trotz aller Widersprüche auch die Gewalttheoretiker von links große Wahlerfolge aufzuweisen hatten.

Was kann die Partei der zielklaren, bewußten sozialen Demokratie, die gleichzeitig die Partei der freien Gewerkschaften ist, tun, um gegenüber diesem furchtbaren Durcheinander der Meinungen eine klare Linie aufzuzeigen?

Die wenigen Monate der Papen-Regierung haben uns klar erkennen lassen, daß sie niemals unsere Regierung werden kann. Sie wendet der bankrotten Privatwirtschaft Milliarden zu, drückt die Löhne der Arbeitenden, schränkt die erworbenen Rechte der Beamten ein und hat in ihrem Programm ganz gefährliche Pläne. Wenn Papen, wie er jüngst erklärte, die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand einer Prüfung unterziehen will mit dem Ziel der Einschränkung, so ergibt sich daraus allein für alle unsere Kollegen die Pflicht, dieser Papen-Regierung jedwede Gefolgschaft zu verweigern. Und wenn Herr Minister v. Gopl mit den „Reformplänen der Regierung“ uns einen Einblick gegeben hat, wie man Preußen umgestalten und gleichzeitig eine „unabhängige Regierung“ der gesetzlichen Diktatur auf lange Sicht beibehalten will, so ist jetzt klar und unzweifelhaft für jedermann zu erkennen, daß alles an politischer Freiheit auf dem Spiele steht für Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Diese Reichsregierung erklärt, daß sie die von ihr erkannte und tiefempfundene „Pflicht zur Reform niemals aufgeben wird“. Aber Herr v. Gopl hat auch den Satz geprägt:

„Die Art des Vorgehens der Reichsregierung auf diesem Gebiet hängt von der innerpolitischen Entwicklung der nächsten Wochen und Monate ab.“

Daraus muß jeder Wähler die Konsequenzen ziehen.

Aber diese herausfordernden reaktionären Reformpläne wären nicht möglich, wenn nicht hinter diesen Plänen gleichzeitig die Gedankenwelt Hitlers stände. Wohl sind gegenwärtig — bis zur Wahl — die Nationalsozialisten in heftiger Opposition gegen die „feinen Herren“ um Papen. Aber diese Opposition geschieht doch nur, weil Hindenburg sich für Papen entschied an Stelle Hitlers, und weil sie befürchteten, bei einer Beteiligung an der Regierung müßte das

### Privatisierung der öffentlichen Betriebe hat die NSDAP. ihren Geldgebern versprochen!

Die von Otto Straßer, dem Bruder Gregor Straßers, herausgegebene „Schwarze Front“ druckte am 21. August einen Rundbrief der Nationalsozialisten an die Industriellen ab, in denen versprochen wird:

„Wenn wir Nationalsozialisten könnten, würden wir sogar die sogenannte Sozialisierung solcher Unternehmungen gern rückgängig machen, die zum Teil nur mit Hilfe bürgerlicher Parteien in den Besitz von Reich, Staat und Gemeinden übergeführt wurden.“

Als Judaslohn für diese Verschacherung der öffentlichen Betriebe forderte der Unterzeichner des Rundschreibens, der Nazi-Abgeordnete Dr. Bichmann, auf:

„Für den Fall, daß es manchem Industriellen nicht erwünscht erscheint, seine Wahlspenden an den Verband der Mitteldeutschen Industrie mit der ausdrücklichen Weisung der Weiterleitung an die NSDAP. zu senden, erkläre ich mich hiermit bereit, dieselben auf dem Konto meiner Firma Farbwerke Dr. W. König... zu treuen Händen entgegenzunehmen.“

Um Wahlgelder der Industrie zu erhalten, wollten die Nazis die öffentlichen Betriebe verschachern!

### Denkt daran am 6. November!

haben die deutschen Gewerkschaften nicht nur die Forderung einer einheitlichen Aktion gegen die reaktionären Mächte aufgestellt, sondern sie haben mit ihrer Eisernen Front eine scharfe Abwehraktion unternommen. Aber die KPD. hat in den Reichs-, Landtags- und Stadtparlamenten planmäßig jegliche Einheitsfront bekämpft; vielfach hat sie sogar gemeinsam mit den Nationalsozialisten gegen Demokratie gestimmt und damit der Reaktion die Arbeit erheblich erleichtert. Das ist ihr nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von den deutschen Industriellen in der DAZ. einwandfrei, wenn auch ironisch, bestätigt worden. Aber es liegt uns beileibe nicht daran, den Riß zwischen den sozialistischen Bruderparteien zu vergrößern. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß in dieser furchtbaren Notzeit nicht mit Phrasen und wirtschaftlichen Niederlagen die gewerkschaftlichen und politischen Abwehrkämpfe durchgekämpft werden können.

So verbleibt der freigewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft, den Beamten und Angestellten gar keine andere Wahl. Der Weg ist klar vorgezeichnet.

Es geht jetzt um die wichtigsten Dinge der Gegenwart und Zukunft Deutschlands.

Es geht darum, ob wir wieder zu Untertanen degradiert werden wollen oder ob wir ein Bürgerrecht in Deutschland haben, ob die Beamten ihr Koalitionsrecht behalten oder ob es ihnen genommen werden kann, ob die Arbeiterschaft ihr Tarifrecht uneingeschränkt sich zurückerobern oder ob weiterhin Stück um Stück all der Errungenschaften des 9. November 1918 verlorengeht.

Wir gedenken heute des 9. November. Sorgen wir dafür, daß nicht der 6. November 1932 zum Grabstein für den 9. November 1918 werde.

E. D.

## Unsere sozialen Errungenschaften und die KPD.

Die Reaktion ist auf dem Vormarsch. Der Wunsch der Unternehmer soll erfüllt werden. Seit Jahr und Tag werden die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die staatliche Sozialpolitik für die jetzige Krise verantwortlich gemacht. Die Gewerkschaften sollen bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vollständig ausgeschaltet werden; man will mit „seinem“ Arbeiter allein verhandeln.

Die Lohn- und Gehaltskürzungen sowie Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die den Unwillen der Arbeitnehmererschaft hervorgerufen haben, die das Vertrauen gegenüber den Gewerkschaften erschüttert haben, sie müssen, so sagen die Führerbriefe der Schwerindustrie, benutzt werden, um den letzten vernichtenden Schlag gegen die Gewerkschaften zu führen. Die Arbeiterschaft muß von den Gewerkschaften und ihren Führern, die sie in das jetzige Elend hineingeführt haben, losgelöst werden, so heißt es ebenfalls in den Führerbriefen. Und diese kapitalistischen „Erlöser“ der Arbeiter aus den „Klauen der Gewerkschaften“ haben nun folgendes Programm, womit sie sich selbst erlösen wollen:

1. Abschaffung der staatlichen Lohnpolitik, Schlichtungs- und Verbindlichkeitsklärung.

2. Abschaffung der Tarifverträge.

3. Zerschlagung der Gewerkschaften.

4. Abschaffung der Arbeitslosenversicherung.

5. Abschaffung des Betriebsrätegesetzes.

Diese Forderungen sind vom Standpunkt des engstirnigen reaktionären Unternehmertums verständlich. Das soziale Arbeitsrecht, die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeiterschaft hatte den Herrn-im-Haule-Standpunkt erschüttert. Die Arbeiterschaft verlangte neben der politischen Gleichberechtigung im Staate die wirtschaftliche Gleichberechtigung im Betrieb. Daß aber eine „Arbeiter“-Partei die Forderungen der Unternehmer zu den „ihrigen“ macht, das ist unverständlich. Die KPD fordert:

1. Abschaffung des Schlichtungsschwindels, das ist staatliche Lohnpolitik, Schlichtungsweisen und Verbindlichkeitsklärung.

2. Abschaffung der Tarifverträge.

In einem Flugblatt, welches die Gewerkschaftsopposition der KPD im Jahre 1930 an die städtische Arbeiterschaft verteilte, wurde in Nr. 9 der kommunistischen Forderungen verlangt:

Aufhebung der reaktionären Tarifverträge und Zerschlagung der Gewerkschaften.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD am 31. Januar 1918 wurde eine Entschließung eingebracht, die u. a. folgendes sagt:

### Rückblick aus dem Jahre 1950

Der nur an der Oberfläche der Dinge haftende Blick wird immer leicht verwirrt. Dem Mitlebenden mag es scheinen, daß die Zeit, die wir gegenwärtig durchmessen, bis zum Bersten angefüllt sei von einer ungeheuren Geschehnisfülle. Der Historiker jedoch, der einst die Geschichte dieser Epoche schreibt, wird vermutlich den entgegengesetzten Eindruck gewinnen. Er wird berichten, daß über diesen Tagen eine stockige Schwüle, eine bewegungslose und unausgeglichenen Spannung lastete, daß versinkender Kapitalismus und anhebender Sozialismus in einem Zustand regungsloser Verkrampfung verharrten und daß nur ein Wetterleuchten hier und ein flüchtiger Windstoß da das große Gewitter ankündigten, das langsam heraufzieht und dessen Entladung erst die erhsehnte Luftauffrischung bringen wird.

Papen'sche Rundfunkreden und Bracht'sche Badegesenerlasse sind bestimmt keine Dokumente der Ewigkeit. Aus der Perspektive des Jahres 1950 wird die ganze Hittlerlei wohl nur als ein großer Hokuspokus erscheinen, der allein der Zerissenheit und Ausweglosigkeit der sozialen Situation seinen vergänglichsten Ruhm verdankte. Die Baronsregierung wird fortleben als das Kuriositätenkabinett, und spasshaft wird in der geschichtlichen Erinnerung nur der feierliche Ernst stehen, in dem die Enkel eines Metternich im Hochgefühl gottgewollter Sendung durch unsere Zeit schritten. Auch über die Parlamente, die ihr kurzes Eintagsleben damit vergeudeten, die Weite der Sitzungssäle mit Beschimpfungen, Prügeleien und leerem Lärmtheater zu erfüllen, wird man rasch den Mantel des Vergessens breiten. Ganz andere Dinge werden

„Die Konferenz verpflichtet die Mitglieder der KPD, ihren Austritt aus den Gewerkschaften sofort zu vollziehen.“

Auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale erklärte Radek:

„Sollten sich die Widerstände der Bürokratie härter erweisen als wir annehmen, so werden wir uns nicht scheuen, die Gewerkschaften zu zerschlagen.“

Im Jahre 1927 bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz erklärte der Fraktionsredner der KPD im Reichstag:

„Mit Ihrer Zustimmung übernimmt die Sozialdemokratie die vollständige Mitverantwortung für dieses neue Klassengesetz. Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, da es ein Stück der reaktionären Bürgerblutpolitik ist, ab.“

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Koenen erklärte bei den Beratungen des Betriebsrätegesetzes:

„Das Gesetz, das Sie hier schaffen, bringt keine neuen Rechte, sondern eine Entrechtung der Arbeiterklasse, eine Entrechtung der Angestellten-schichten im wahren Sinne des Wortes.“ — Er lehnte dieses Gesetz ab.

In dem genannten Flugblatt der KPD heißt es weiter:

„Erreicht wurde durch die Gewerkschaftsbürokratie sowie durch die gewerkschaftlichen Betriebsräte auf der ganzen Linie nichts.“

Hier die Wahrheit!

Handwerkerlöhne der Gemeindearbeiter in Köln:

Im April 1924 . . . . .	0,65 Mk.	Im Juli 1925 . . . . .	0,90 Mk.
Im Juni 1924 . . . . .	0,68 Mk.	Im September 1925 . . . . .	0,92 Mk.
Im Juli 1924 . . . . .	0,72 Mk.	Im April 1927 . . . . .	0,97 Mk.
Im Oktober 1924 . . . . .	0,77 Mk.	Im April 1928 . . . . .	1,06 Mk.
Im März 1925 . . . . .	0,80 Mk.	Im April 1929 . . . . .	1,10 Mk.
Im Mai 1925 . . . . .	0,86 Mk.	Im Oktober 1929 . . . . .	1,12 Mk.

Löhne der ungelerten Gemeindearbeiter in Köln:

Im April 1924 . . . . .	0,59 Mk.	Im Juli 1925 . . . . .	0,76 Mk.
Im Juni 1924 . . . . .	0,60 Mk.	Im September 1925 . . . . .	0,80 Mk.
Im Juli 1924 . . . . .	0,64 Mk.	Im April 1927 . . . . .	0,86 Mk.
Im Oktober 1924 . . . . .	0,68 Mk.	Im April 1928 . . . . .	0,94 Mk.
Im März 1925 . . . . .	0,70 Mk.	Im April 1929 . . . . .	0,98 Mk.
Im Mai 1925 . . . . .	0,71 Mk.	Im Oktober 1929 . . . . .	1,00 Mk.

Dazu eine Frauenzulage von 3 Pf. pro Stunde und für jedes Kind 3 Pf. — Für Ueberstunden wurde ein Zuschlag von 25 bis 50 Proz. gezahlt. Sonntagsarbeit wurde mit 50 Proz. vergütet. — In die Woche fallende Wochenfeiertage wurden durchbezahlt. Wurde an diesen Tagen gearbeitet, wurde ein Zuschlag von 100 Proz. gewährt. — Im Krankheitsfalle erhielt der Arbeiter bis zu 26 Wochen seinen vollen

es sein, die den Chronisten interessieren und die er der Aufzeichnung für wert finden wird.

Unter dem flüchtigen Wellengekräusel fließt, lautlos doch stark, der Strom eines größeren Geschehens. Ein Wirtschaftssystem, dessen Sinn sich erfüllte, taucht hinab unter den Horizont der Geschichte. Auf allen Seiten wird sein völliges Versagen offenbar. Immer weniger vermag der Kapitalismus seine Arbeitermassen in Brot und Arbeitsstelle festzuhalten, doch auch seine auf der Sonnenseite geborenen Lieblingkinder beginnen leer auszugehen. Eine ökonomische Ordnung, die ihre Gläubiger mit dem Schwindel der Inflation betrog, die ihre Aktionäre ohne Dividende läßt, die den Konsumentenschichten weder eine reichliche noch eine billige Versorgung mit Verbrauchsgegenständen garantiert, deren Maschinenpark untätig rostet, während die Gesellschaft in einer sechsmillionenfachen Arbeitslosigkeit verfaßt, ist unfehlbar gerichtet. Es bedeutet mehr als bloßen Zufall, wenn gerade die Fürsten und allgebietenden Machthaber dieses Wirtschaftssystems keinen anderen Ausweg mehr finden, als sich den Pistolenlauf an die Schläfe zu setzen, um sich wie elende Bankrotteure feige zur Seite zu stellen. Die hoffnungslose Vergreisung des Kapitalismus wird auch von der bürgerlichen Nationalökonomie immer allgemeiner zugestanden; es sei nur erinnert an den gewiß sachkundigen Werner Sombart, der in jungen Jahren das hohe Lied von der stürmischen Dynamik und maßlosen Gigantik dieser Ordnung mit Haßliebe sang und der sich auch längst zu dem Eingeständnis bequemt, daß der Spiritus zum Teufel gegangen und nur das Phlegma geblieben sei. Mit der Kraft letzter Verzweiflung versucht die gegenwärtig amtierende

Lohn. — Bis zu 20 Tagen Urlaub wurde gewährt. — Im Falle der Pensionierung erhielt der Arbeiter je nach seiner Dienstzeit einen Ruhe-lohn von 35 bis 80 Proz. seines vollen Lohnes. — Schutz- und Schmutzkleidung sowie besondere Schmutz- und Anlagen wurden gewährt.

So sahen „die reaktionären Tarifverträge“ aus, deren Aufhebung die KPD. im Jahre 1930 verlangte. Es wäre von der KPD. interessant zu erfahren, ob in einem kommunistischen Betrieb, sei es in Deutschland oder in Rußland, auch nur annähernd etwas Ähnliches an sozialem Arbeitsrecht im Tarifvertrag besteht. — Wochenlohn des Handwerkers mit zwei Kindern im Jahre 1930 58,08 Mk. Das waren „Hermann-Müller-Löhne“! — Im Jahre 1932 44,16 Mk. Das sind Brüning-Papen-Löhne. — Wochenlohn des ungelerten Arbeiters mit zwei Kindern 1930 52,32, 1932 39,36 Mk. Das hinderte die KPD. nicht, seit 13 Jahren der Arbeiterschaft vorzulügen, sie habe nichts anderes als ihre Ketten zu verlieren. Der Erfolg dieser „revolutionären Aufklärung und Mobilisation“ der Massen war die Schwächung der Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Reaktion. — Aber warum dann kämpfen, wenn nur noch die Ketten zu verlieren sind?! — Aber nunmehr wird die unehrliche kommunistische Agitation der letzten Jahre durch die KPD. selbst entlarvt. Nun hat sich in den kommunistischen Wortschatz eine... etwas „reformistisch“ klingende Redewendung eingeschlichen. Man redet von „sozialen Errungenschaften“, die zu verteidigen sind. Nun erfahren wir auf einmal, daß in der russischen Sprache „Derrat“ auf deutsch heißt: „Soziale Errungenschaften“! Wer hat denn diese sozialen Errungenschaften erreicht? Etwa die KPD.: Nein! Ihre vornehmste Aufgabe war es, diese Errungenschaften als ein Nichts, als eine Entrechtung, als einzigen Derrat hinzustellen. Diese Errungenschaften sind erkämpft worden durch die zähe, unermüdete Arbeit der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Wollen wir nicht weiter zurückweichen, dann müssen drei Voraussetzungen erfüllt werden:

**Starke freie Gewerkschaften aufbauen.**

**Eine starke Sozialdemokratie wählen.**

**Die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Presse lesen.**

Sind diese Voraussetzungen geschaffen, dann braucht uns vor der Zukunft nicht zu bangen. Nun auf, in den Kampf am 6. November: Jede Stimme der Liste 2! W. Bause, Köln.

Regierung das Steuer herumzureißen und hart am Abstieg die Räder noch einmal aufzufangen. Doch allzusehr gebunden an den Feudalismus, die uralteste Kraft aller Reaktion, kennt diese Regierung nur nutzlose Wiederbelebungsversuche für das Sterbende, doch keine Geburtshilfe für das werdende. Es gibt keine kapitalistische Heilung dieser Krise über den privatwirtschaftlichen Mechanismus. Die sonst in der Krise wirksam werdenden und ihren Abschluß herbeiführenden Ueberwindungskräfte sind diesmal außer Funktion gesetzt. Es erfolgt keine Steigerung der Kaufkraft, vielmehr ist ein sich ständig fortsetzender Konsumschwund zu konstatieren. Durch Lohn dikate eines monopolistisch zusammengeballten Unternehmertums wird die notwendige Marktbelegung verhindert, denn der Schlag, den man gegen den Arbeiter als Lohnempfänger führt, trifft zugleich den Arbeiter als Konsument: Lohndruck erzeugt Käuferohnmacht. Auch jene Zwischenschichten (Beamte, Rentner, Bauern, Angestellte), die ihr Einkommen durch frühere Krisen ohne wesentliche Minderung hindurchbrachten und die damit als Fallschirm für die abgleitende Konjunktur dienten, sind diesmal in der Krise zermahlen worden, weshalb die von ihrer Kaufkraft ausgehende Gegenwehr entfällt. Ferner fehlt das sonst im Verlauf der Krise zu beobachtende natürliche Absinken der Zinssätze, woran die falsche Kapitalverteilung, die sinnlose Kapitalvergeudung durch Rationalisierung und Subventionsunwesen, sodann die der ökonomischen aufgepöppelte politische Vertrauenskrise die Schuld tragen. Endlich ist kein Anwachsen des Anlage- und Investitionsbedarfs in unserer Wirtschaft wahrnehmbar, denn gerade die Produktionsmittelindustrien sind überseht, beschäftigen sie doch gegenwärtig mehr

## REICHS- UND STAATSARBEITER

Eine Eingabe und eine unzureichende Antwort. Auf die vom Gesamt-Verband an die Reichsregierung gerichtete Eingabe betreffend Einführung der 40-Stunden-Woche und Einstellung weiterer Arbeitnehmer in den Reichs- und Staatsbetrieben hat der Reichsarbeitsminister folgende Antwort (IIIa Nr. 11971) erteilt:

„Betrifft: Arbeitszeitverkürzung. Auf das an die Reichsregierung gerichtete Schreiben vom 6. September 1932.

Die Bestrebungen der jetzigen wie auch der früheren Reichsregierung, den Arbeitsmarkt durch Einführung der 40-Stunden-Woche nach Möglichkeit zu entlasten, sind bekannt. Diese Bestrebungen gingen allerdings nicht auf die von Ihnen befragte allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche durch gesetzlichen Zwang, vielmehr wurde versucht, die freiwillige Einführung der 40-Stunden-Woche möglichst zu fördern. Diesem Bestreben diene auch die kürzlich im Reichsarbeitsministerium abgehaltene Besprechung mit den Reichsressorts. Dabei war die Erwägung mitbestimmend, daß die Bereitwilligkeit der Privatindustrie zu einer freiwilligen Arbeitszeitverkürzung einträchtig werden muß, solange in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen die Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung nicht ausgenutzt werden. Es ist im Verfolg dieser Besprechung keineswegs beabsichtigt, die 40-Stunden-Woche einseitig für die Reichs- und Staatsbetriebe allgemein anzuordnen, sondern es soll zunächst und bis auf weiteres den Ressorts überlassen bleiben, im Bereich ihrer Zuständigkeit die vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen. Damit sind die Reichs- und Staatsbetriebe nicht anders behandelt als die Privatbetriebe, da auf eine freiwillige Arbeitszeitverkürzung auch in den Privatbetrieben durch die letzten Maßnahmen der Reichsregierung (Steuergutscheine, Unterschreitung der Tariflöhne) von neuem hingewirkt worden ist. Ich werde aber die Gelegenheit nicht aus dem Auge lassen und zur gegebenen Zeit neue Schritte bei den Reichsbetrieben unternehmen. — Die von Ihnen noch weiter vorgebrachten Wünsche hinsichtlich der Regiarbeit in Reichs- und Staatsbetrieben hinsichtlich der Vergebung von Instandsetzungsarbeiten an die Gefängnisverwaltungen und hinsichtlich der sonstigen Vermehrung der Arbeitskräfte in Betrieben und Verwaltungen des Reichs habe ich den übrigen Reichsressorts zur Würdigung mitgeteilt. gez. Schäffer.“

Hoffentlich äußern sich nun auch die übrigen Reichsressorts recht bald zu dieser Eingabe, und zwar im positiven Sinne; denn darüber sollte es auch bei der Reichsregierung keinen Zweifel geben, daß es nicht genügt, immer nur von den anderen etwas zu verlangen, das man selbst in seinen eigenen Betrieben nicht durchführt.

Arbeiter als die Verbrauchsindustrien, während noch im Jahre 1875 in der Konsumerzeugung doppelt soviel Arbeiter tätig waren wie in den Investitionsindustrien. Der Kapitalismus aber könnte die Krise des Arbeitsmarktes nur lösen, wenn Neueinstellungen in den Produktionsmittelindustrien erfolgen würden, da jeder in der Verbrauchserzeugung eingestellte Arbeiter nach dem Stand der gegenwärtigen Technik und der Lebenshaltung der Arbeiterkreise viel mehr Gegenstände hervorbringt, als er selbst konsumiert. Dadurch aber müßte sich das zum Wesen der Krise gehörende Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage noch weiter verschärfen. Aus diesem Grunde bieten die Papen-Rezepte keine Aussicht auf Heilung, selbst wenn man davon abstieht, daß die vom Autarkiewahn infizierte Kontingierungspolitik die von Papen angestellten Wiederbelebungsversuche mit eigener Hand erstickt.

Darin liegt ja die Furchtbarkeit und Tragik der gegenwärtigen Situation: wir erleben eine kapitalistische Offensive von einer sozialen Brutalität ohnegleichen und haben dabei die traurige Gewißheit, daß alles Opfern und alles Leiden umsonst sein wird, daß wir uns nur an den Mauern eines neuen Verdon vergeblich den Schädel einrennen und ohne Nutz hekatomben an Menschenglück und Menschenzukunft sinnlos opfern. Die wirkliche und einzige Durchbruchsmöglichkeit ins Freie, liegt in einer Richtung, nach der ein Herr v. Papen uns niemals führen wird.

Hier schließt die Gegenwart, doch unser Chronist wird, nachdem er dies dunkle Kapitel schrieb, ein neues Blatt beginnen. Auf ihm aber wird er berichten, wie aus Wirtschaftszersplitterung und sinnlosem Anrennen gegen verammelte Ausgänge, aus dumpfer Verzweiflung und verzückter Wundersucht sich allmählich immer



**Zusatzversicherungsanstalt des Reiches und der Länder.** Eine Verfügung im Heeresverordnungsblatt Nr. 25/1932 S. 145 gibt uns Veranlassung, auch alle anderen Mitglieder der Zusatzversicherungsanstalt auf folgendes hinzuweisen: Es besteht vielfach die Auffassung — auch bei den Verwaltungen —, daß, wenn ein Arbeitnehmer erkrankt, während des Lohnzuschusses nicht die Beitragshöhe zu zahlen ist, die während der Beschäftigungszeit von dem Versicherten entrichtet wurde. Besonders bei den erkrankten Mitgliedern, wo der Krankengeldzuschuß sein Ende erreicht, aber die Krankheit weiter andauert, werden, wenn der Lohnzuschuß nur noch für einige Tage gezahlt wird, vielfach anteilige Beiträge zur ZUDA berechnet, also für den Bruchteil der Woche ein niedriger Beitragssatz; das ist unzulässig. Es müssen vielmehr die Beiträge für eine volle Lohnwoche in der dazu gehörigen Klasse gezahlt werden. Dieses trifft auch besonders für die durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder zu. Hier wird entweder für die letzte Woche des durch Tod Ausgeschiedenen gar keine oder eine zu geringe Beitragsmarke verwendet. Dadurch entstehen oft unliebsame Verzögerungen in der Rentenfestsetzung und Rentenzahlung. Es muß deshalb besonders beachtet werden, daß, solange Bezüge für ein Mitglied gezahlt werden, auch wenn sie nicht für eine volle Lohnwoche gelten, nach § 34 der Satzungen der volle Wochenbeitrag der Klasse, in der das Mitglied angemeldet ist, gezahlt wird.

**Hinweise auf Steuererleichterungen.** In nachstehendem nehmen wir zu einer Angelegenheit Stellung, deren Ursprung schon mehrere Jahre zurückliegt. Die Durchführung ist wohl selten in Erscheinung getreten, weil diese Bestimmungen zu wenig bekannt waren, da die Veröffentlichung im Reichssteuerblatt erfolgte, das nur wenigen Personen zugänglich ist. — Zur steuerlichen Behandlung von Nachtdienstzulagen in den Runderlassen vom 11. September 1926 Nr. III 5400 (Reichssteuerbl. 1926 S. 309) und vom 27. Dezember 1926 Nr. III 10 050 (Reichssteuerbl. 1927 S. 40) wird darauf Bezug genommen, daß Nachtdienstzuschläge, soweit sie 1 Mk. pro Nachtschicht nicht überschreiten, von der Einkommensteuer befreit sind. — In einem weiteren Runderlaß vom 12. April 1927 Nr. III 1500 (Reichssteuerbl. 1927 S. 120) wird die steuerliche Behandlung von Schmutzzulagen erwähnt und darauf hingewiesen, daß Schmutzzulagen nach gewissen Grundfäsen von der Besteuerung befreit sind. — Des weiteren wird in einem Runderlaß vom 10. August 1932 Nr. S 2283 A — 55 III (Reichssteuerbl. 1932 S. 833) die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe behandelt, wonach Einkommen von 45 Mk. monatlich oder 10 Mk. in der Woche von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe befreit sind. — Dieser letzte Erlaß ist in der Zwischenzeit im Reichsbesoldungsblatt Nr. 24 vom 18. Oktober 1932 abgedruckt. Er dürfte in erster Linie die Pensionäre und Rentenempfänger interessieren, die ja heute vielfach Beträge in dieser Höhe beziehen und demnach für sich die Befreiung von der Arbeitslosenhilfe in Anspruch nehmen können. — Wir empfehlen den in Frage kommenden Arbeitnehmern, auf diese Steuererleichterungen Anspruch zu erheben.

klarer und stärker die Gegenkraft entrang. In dieser Zeit, so wird seine Erzählung fortfahren, vollzog sich in schmerzhaften Loslösungsprozessen die seelische und allmählich auch vernunftgemäße Abwendung breiter Massen von der Ideologie des Kapitalismus. Eine Weile zuckten noch viele hundert Irrlichter über dem Wirtschaftsumpf, narrierten die Menschen und ließen sie richtungslos hin und her rennen. Allmählich aber verblich der trügerische Schein und es leuchtete mit wachsender Kraft nur noch ein großes, ruhiges und immer strahlender werdendes Licht: der demokratische Sozialismus. Träger des Lichts aber war die Sozialdemokratische Partei. 1918 mußte die Sozialisierung verstanden. Hätten wir damals das entscheidende Experiment gewagt, so wäre zwar nicht die Sozialisierung, wohl aber der Hunger marschiert. Man kann nicht sozialisieren, wenn der Produktionsapparat heruntergewirtschaftet und auf die Erzeugung von militärischen Mordwaffen umgestellt ist, wenn die Scheuern leer sind, wenn Not aus allen Ecken grinst und die Gesamtwirtschaft sich in einem Zustand höchster Blulleere befindet. Für einen Leichnam einen Rock zu schneiden, ist ein kindliches Vergnügen, auch wenn man einen noch so schönen Rock von blutroter Farbe zusammennäht und daran Hammer und Sichel als Embleme heftet. Wir könnten in Westeuropa unmöglich mit den Methoden eines asiatisch-tatarischen Steppensozialismus operieren, dessen dämonische Größe wir durchaus anerkennen, nur daß wir nicht unser Knie vor diesem Bild beugen können. Wir hatten auch in den aus den Schützengräben heimkehrenden Menschenmassen keine Kreuzfahrerschare, die für eine neue Gesellschaftsordnung kämpfen wollte. Es waren müde und verbrauchte Männer, die heimzukehren wünschten zu Weib und Kind und langentbehrtem, gewohntem Tun. Wir

## Gemeinden und Kommunalverbände

**Richtlinien des Deutschen Städtetages für Arbeitsbeschaffung.** Der Deutsche Städtetag hat Richtlinien für eine praktische kommunale Arbeitsbeschaffung fertiggestellt. Ausschlaggebend ist auch hier die Frage der Finanzierung. Der Deutsche Städtetag verlangt mit Recht, daß, wenn die Reichsregierung mit Steuerzeichen die Wirtschaft anzukurbeln hofft, es nur recht und billig ist, wenn Steuerzeichen auch für die kommunalen Betriebe und für die kommunale Arbeitsfürsorge zur Verfügung gestellt werden. Ueber die Arbeitsbeschaffung selbst wird vom Deutschen Städtetag folgendes mitgeteilt: „Arbeiten von volkswirtschaftlichem Wert lassen sich in den Städten in großer Zahl finden. In Betracht kommen beispielsweise in erster Linie der Kleinwohnungsbau, wobei das Eigenkapital der Baulustigen mit zur Finanzierung herangezogen werden kann, der Bau von Straßen, vor allem von Ausfallstraßen, von Zugangsstraßen zu neuen Siedlungen, von Durchgangsstraßen, auch die Erneuerung von Straßenpflaster und anderen Arbeiten, die sonst von der Stadt mit den vorhandenen Kräften und Mitteln nicht ausgeführt werden könnten. Daneben werden im Zuge eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms Kleingartenriedlung und Stadtrandriedlung, ferner Meliorationen und ähnliche Arbeiten zu fördern sein. Es handelt sich hierbei nicht um Arbeiten, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen, sondern im Gegenteil um solche, von denen die Privatwirtschaft eine wesentliche Befruchtung erfahren wird. Voraussetzung des kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist, daß die Finanzierung auf einem volkswirtschaftlich einwandfreien Weg durchgeführt wird, der alle Experimente auf währungspolitischem Gebiet vermeidet. Die Hergabe von ungedeckten zinslosen Krediten größten Ausmaßes, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen worden ist (Gerekeplan! Red.), kann deshalb nicht in Frage kommen. Da die Gemeinden nicht in der Lage sind, die



**DIE EISERNE FRONT**  
marschiert auf gegen Reaktion und Lohnraub.  
Bist du auch dabei? Reihe Dich ein  
**IM GESAMT-VERBAND**

Arbeiten allein zu finanzieren, müssen die Mittel auch von anderer Seite mit bereitgestellt werden. Bei diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm handelt es sich um eine Mehrbeschäftigung einer ganz gewaltigen Zahl von Erwerbslosen mit volkswirtschaftlich nützlichen Arbeiten. Der Städtetag hat der Reichsregierung gegenüber seine bereits früher erhobene Forderung wiederholt: daß für die kommunalen Betriebe und für die kommunale Arbeitsfürsorge im Rahmen des Regierungsprogramms Steuergutscheine zur Verfügung gestellt werden.

hatten — warum es nicht eingestehen? — auch die Generalstabskarten nicht fertig, um den neuen Krieg zu beginnen. In der Zeit der nach der Währungsstabilisierung einziehenden Hochkonjunktur fehlte naturgemäß der auf eine Abänderung der bestehenden Verhältnisse gerichtete Massenwille. Jetzt aber, wo das Jahreseinkommen des deutschen Wirtschaftsvolkes von 76 auf 42 Milliarden Mark herabsank, wo ein ganzes Volk unter den Verheerungen der Krise stöhnt, wo selbst die Nationalsozialisten der antikapitalistischen Sehnsucht der Massen ihre Reverenz erweisen müssen, wo die in der Inflation als Halbgötter bestaunten Unternehmer sich als betrogene Betrüger selber entlarven, jetzt ist die Stunde günstig. Es war die geschichtliche Mission dieser Krise, an der psychologischen Vorbereitung der Sozialisierung zu arbeiten, Herzen und Hirne für sie empfänglich zu machen. Auch sind heute die objektiven Umstände günstig, denn während der Rationalisierung haben wir die großdimensionierte, eine ungeheure Produktionskraft aufstauende Wirtschaftsapparatur geschaffen, die die kapitalistische Profitidee verrotten läßt, die allein die sozialistische Derjorgungsidee wieder in Gang zu setzen vermag. So sind die psychologischen und technologischen Vorbedingungen für die Sozialisierung weitgehend vorhanden, nur die politischen Fundamente müssen noch gelegt werden. Die Sozialdemokratische Partei hat das Banner entfaltet. Unter ihm die Massen in Tatbereitschaft zu sammeln ist die höchste diesem Wahlkampf gestellte und zugleich über ihn hinausweisende Aufgabe. Im Zusammenbruch des Papenplans, der sich einstellen wird, wird zugleich der Sozialismus gegenwartsnah. Und dann kommt die Stunde unseres Einsatzes.

Dr. Erik Nötting, Frankfurt a. M.

# GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

## Zur Tarifunterschreitungs-Verordnung

Bekanntlich erlaubte sich der Sachbearbeiter für Steuer- und Rechtsfragen im Reichsverband des deutschen Gartenbaues trotz klarster gegenteiliger Bestimmung des § 1 Abs. 4 der Verordnung vom 5. September 1932 die mehr als kühne Behauptung (vgl. „Gewerkschaft“ Nr. 39 Sp. 681), mit der Fassung dieses Absatzes habe die Reichsregierung die Betriebe des Gartenbaues als landwirtschaftliche Betriebe „anerkannt“. Ganz abgesehen davon, daß nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes in Sachen des preußischen Staatsministeriums Anerkennungen der jetzigen Reichsregierungen nur mit Vorsicht zu genießen sind, finden wir unsern an angegebener Stelle vertretenen Standpunkt gestützt durch die „Erläuterungen“ der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ von Dr. F. Sijler, Ministerialdirektor, und H. Goldschmidt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, die doch gewiß den Standpunkt auch der Reichsregierung vertreten. In diesen „Erläuterungen“ heißt es auf Seite 19:

„Von der allgemeinen Regelung bis § 1 weiter ausgenommen sind die landwirtschaftlichen Betriebe, für deren besonders gelagerte Verhältnisse der § 6 eine Sonderregelung trifft. Nicht der besonderen Regelung für die Landwirtschaft, sondern der allgemeinen Regelung des § 1 unterstehen Gartenbau- und Forstbetriebe. Soweit gewerbliche Gartenbetriebe als Saisonbetriebe anzusprechen sind, kommt für sie die Ausnahme der §§ 2 und 5 in Frage.“

Hier hat also der Herr Sachbearbeiter des RddG. die ganz autoritative Bestätigung seiner von uns schon des öfteren festgestellten anomalen Veranlagung zur Verdrehung klarer Rechtsbestimmungen.

Jeder Zweifel wird noch durch die Erläuterung des Begriffes „Landwirtschaftlicher Betrieb“ (S. 68) behoben. Dort wird gesagt:

„Landwirtschaftlich ist ein Betrieb, der pflanzliche oder tierische Produkte erzeugt und sich zu diesem Zweck mit Bearbeitung des Bodens und Pflege von Haustieren befaßt. Viehzucht ohne jede landwirtschaftliche Bodennutzung, Lohnflügerei und Lohnbrecherei fallen als gewerbliche Betriebe unter die § 1, 2 oder 5. Dasselbe gilt vom Gartenbau, der nach ausdrücklicher Vorschrift des § 1 Abs. 4 nie als nach § 6 zu behandeln ist, sondern nach § 1 oder soweit er gewerblicher Saisonbetrieb ist und die Saison in die Zeit von Oktober bis März fällt, nach den §§ 2 und 5.“

Diese scharfe ausdrückliche Trennung der gärtnerischen Betriebe von der Landwirtschaft beruht, wie weitere Darlegungen in den „Erläuterungen“ beweisen, auf der richtig erkannten, völlig anders gearteten Betriebsstruktur der Gärtnereien.

Inzwischen ist nun im Reichsarbeitsblatt (Nr. 28 I 208) eine „Bestimmung über Saison- und Kampagnengewerbe“ veröffentlicht (26. September 1932). Nach dieser ist auch die „Gärtnerei“ als ein Saisongewerbe im Sinne der Durchführungsbestimmungen zur „Steuerergutscheinverordnung“ vom 26. September 1932 bestimmt worden. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß mit dem hier gewählten Begriff „Gärtnerei“ die in anderen gesetzlichen Bestimmungen gelegentlich mit „Gartenbau“ bezeichneten Betriebe gemeint sind.

Wir möchten andererseits aber zugleich betonen, daß die Bestimmung der Gärtnerei als ein Saisongewerbe selbstverständlich nur im Sinne und für den Bereich dieser Verordnung geschehen ist. Bei der Arbeitslosenversicherung z. B. gilt die Gärtnerei im allgemeinen nicht als ein Saisonberuf (vgl. u. a. „Gewerkschaft“ — „Öffentlicher Dienst“ Nr. 44, 1930).

Nach obiger Anordnung gelten also für die gärtnerischen Betriebe die Sonderbestimmungen des § 23 der Verordnung, nach der Steuerergutscheine gewährt werden, „wenn in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden als 90 Proz. der Arbeitnehmer, die im Durchschnitt des entsprechenden Kalendervierteljahres des Vorjahres (Vergleichszeitraum) beschäftigt waren“.

Die beiden Verordnungen, die angeblich der „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ dienen sollen, erfolgten zur gleichen Zeit, als eine neue Welle des Lohndruckes auch über die Arbeiterschaft in der Gärtnerei hinbrauste. Zurzeit ist noch nicht völlig zu übersehen, mit welchem Erfolg oder Mißerfolg sie abzuwehren möglich war. Aber einige Einzelheiten seien erwähnt.

Beim Abschluß des „Mindestlohntarifes“ zum Reichstarif für Blumengeschäfte wurden zweifacher Lohnabbau durch Tarifvertrag und Verordnung durch folgende Vereinbarung ausgeglichen: „Wird die Verordnung vom 5. September 1932, §§ 1 und 7, in Anspruch genommen, so sind bei der Errechnung der neuen Löhne die vom 1. Januar bis April 1932 gültig gewesenen Lohnsätze zugrunde zu legen“. Die gleiche Bestimmung wurde auch in die seitdem zum Abschluß gelangten Lohnverträge für die Blumengeschäfte in Berlin und Leipzig übernommen, dagegen wird sie noch abgelehnt von den Geschäftsinhabern in Hannover, die damit also das Verlangen zum Ausdruck bringen, die Löhne auch noch mit dem Mittel der Notverordnung zu drücken. Sie übersehen dabei, daß sie damit sich selbst geschädigte Schmutzkonkurrenz bereiten würden, da doch nur einzelne Geschäfte von der Verordnung Gebrauch machen könnten.

Diese Verordnung gibt nun im § 7 „gefährdeten Betrieben“ noch eine besondere Möglichkeit ihrer Erhaltung durch die Ermächtigung an den Schlichter, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze bis zu 20 Proz. zu unterschreiten. Diese Möglichkeit auszunutzen haben, soweit uns bisher bekannt, lediglich zwei Gärtnereien unternommen, und zwar die Firma Sinai, Frankfurt a. M. und die Baumschulfirma Hauber, Dresden. Sijler-Goldschmidt sagen nun in ihren „Erläuterungen“ zu § 7:

„Do tarifvertragliche Lohnsenkungsmöglichkeiten bestehen, muß der Schlichter einen an ihn herantretenden Unternehmer zunächst auf sie verweisen und eine etwa ergangene Entscheidung einer tariflichen Stelle, soweit es die Gerechtigkeit zuläßt, beachten.“

Im Frankfurter Falle kündigten aber die Herren vom „Gartenbau“ zur gleichen Zeit den Tarifvertrag mit der Betonung, sie wünschten tariflosen Zustand. Unter Hinweis auf diese Kündigung und den damit eröffneten Weg einer neuen tarifvertraglichen Regelung lehnte darauf der Schlichter den Antrag der Firma Sinai ab. Im Dresdner Falle darf auch wohl die Ablehnung des Antrages erwartet werden, weil hier die Löhne bereits schauerlich niedrig sind.

Daß die Unternehmer selbst bei niedrigsten Löhnen frei sind von irgendwelchen moralischen Anwandlungen und Hemmungen, das zeigt deutlich die von der Freiherrlich v. Friesensche Gartendirektion in Röttha herbeigeführte **Ausspernung**.

Für die Gartenarbeiterinnen beträgt nach dem laufenden Lohnvertrag hier der Spitzenlohn 30 Pf. pro Stunde. Die Firma verlangte jedoch, daß sie für 20 Pf. pro Stunde arbeiteten und zog tatsächlich 10 Pf. pro Stunde vom Lohne ab. Nachdem alle Verhandlungen mit der Organisation ergebnislos blieben, wurde Klage auf Zahlung des Tariflohnes beim Arbeitsgericht in Leipzig erhoben. Als Antwort darauf erklärte die Freiherrliche Gartendirektion: Wer nicht für 20 Pf. pro Stunde arbeiten will, ist sofort entlassen! — Die Entlassung wurde denn auch am 12. Oktober durchgeführt. Nunmehr sucht die Gartendirektion neue Arbeitskräfte unter Tariflohn einzustellen.

Nach vorliegenden Berichten liegt aber der Betrieb völlig still. Die Solidarität der Arbeiterschaft ist also erheblich stärker als Freiherrn und deren Hörige sich träumen lassen.

## „Gärtnerei-Fachblatt“

Auch an dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, daß die Verlagsanstalt „Courier“ auf Wunsch das „Gärtnerei-Fachblatt“ unseren Mitgliedern auch im Streifband unmittelbar zustellt. In diesem Falle ist aber ein Bestellgeld von 15 Pf. zu dem Bezugspreis von 1,— Mk., insgesamt also 1,15 Mk. je Vierteljahr an die Verlagsanstalt „Courier“, Postfachkonto Berlin 21 163, zu zahlen. In allen örtlichen Fachgruppen sind Helfer für die Empfangnahme von Sammelsendungen der Fachblatthefte und deren Verteilung an die einzelnen Bezahler zu bestimmen, denen das vierteljährliche Bestellgeld von 15 Pf. als Ersatz für Unkosten und Mühewaltung überlassen werden soll.

Das nächste Heft ist wieder mal eine Sondernummer für die „Landschafter“!

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerkalender 1933 wird in den nächsten Tagen herausgegeben. Da er sich großer Beliebtheit erfreut, darf — wie im Vorjahr — auch in diesem Jahre damit gerechnet werden, daß er schnell vergriffen sein wird. Es empfiehlt sich daher sofortige Bestellung. Der Preis ist bei bester Ausstattung nur 60 Pf.



# UNSERE JUGEND

## Jugend am Scheidewege

Es ist das tragische Geschick der heutigen Jugend, daß sie von den wirklichen und gestaltenden Kräften der Gesellschaft nur ein Zerrbild empfängt. Sie ist noch nicht erfahren genug, um die Zusammenhänge zu erkennen und deshalb häufig nicht imstande, Ursachen und Wirkung zu unterscheiden und richtig zu werten. Die Jugend ist daher ein beliebtes Objekt der politischen Demagogie.

Die Jugend wird heute von allen Seiten umworben. Die politischen Demagogen nutzen die Leichtgläubigkeit der Jugendlichen für ihre Zwecke aus. Es scheint das Schicksal des Menschengeschlechts zu sein, daß es aus der Erfahrung wenig Nutzen zu ziehen versteht. Jede Generation muß ihren Lebensstil selber finden und erkämpfen, so will es anscheinend ein ungeschriebenes Gesetz des Lebens. Auch die Jugend, die im Weltkrieg geboren wurde — also die heute 14- bis 20jährigen —, muß durch diese Entwicklung hindurch. Ihre Aufgabe ist nicht leichter und schwerer als die der vorangegangenen Generationen. Die heutige Jugend wird aus dem chaotischen Weltbild unserer Zeit, wo sich alles in einer Umwertung befindet, Nutzen ziehen, wenn sie sich nicht in einen radikalen Pessimismus verliert, sondern in der Entwicklung zu einer höheren Lebensform der Menschheit unentwegt mitarbeitet. Es besteht kein Zweifel, daß diese höhere Lebensform allein der Sozialismus sein wird, wie ihn die freien Gewerkschaften vertreten. Der große Krieg hat diese natürliche Entwicklung nur unterbrochen. Der Mensch der Zukunft wird aber lernen, Kriege unmöglich zu machen. — Aber auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Verklammerung des arbeitenden Menschen durch die Maschine wird der Sozialismus überwinden, um so schneller, je eher die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Macht kommen. — Wer in Arbeit steht, lernt früher den Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kennen. Er sieht bald ein, daß er als einzelner gegen den Besitzer der Maschinen und Produktionsmittel nicht ankommen kann. Er mag aufbegehren soviel er will, er bleibt doch immer der Dumme. Fügt er sich nicht, dann „fliegt“ er und ist der Not und dem Elend preisgegeben. Hunger tut aber weh. Also fügt er sich, wenn auch mit tiefem Groll im Herzen.

Andererseits, was wäre der Unternehmer ohne die Arbeiter? Der Arbeiter ist es, der Maschinen baut und bedient, der aus den Naturstoffen unserer Erde die herrlichsten Dinge hervorzaubert. Der Arbeiter!

Es gehört nicht viel Verstand dazu, zu begreifen, daß die Arbeiter eine riesige Macht sind, aber nur dann, wenn sie einig sind im Wollen und Handeln. Wenn die Arbeiter sich also zusammenschließen und gemeinsam, d. h. organisiert auftreten, müßte sich der Unternehmer, der Besitzer der Werkzeuge und Maschinen, beugen.

Erinnern wir uns: Die Kapitalisten sagen den Arbeitern und namentlich den unerfahrenen Jugendlichen, daß es Volksverräter, vaterlandslose Gesellen seien, die so etwas behaupten. Die Welt sei immer so gewesen und werde es bleiben. Ja, einer von ihnen sagte sogar: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Aber, so sagen wir, nur wo es Herren gibt, da gibt's auch Knechte. Die Kenntnis von diesen Zusammenhängen erwirbt sich der Arbeiter halb im Betrieb aus eigener Erfahrung.

Schlimmer ist es bei den jugendlichen Erwerbslosen, die solche

Erfahrungen aus der Praxis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch nicht machen konnten. Sie kennen ja zum Teil noch nicht einmal das beglückende Gefühl der Arbeit. Sie kennen nicht gewerkschaftliche Organisationen und Solidarität der Tat, um in gewissem Grade unabhängig zu sein gegenüber der Willkür unserer Zeit. Deshalb glauben sie an eine Welt voller Wunder, deshalb vertrauen sie blindlings gerissenen Demagogen, deshalb sind sie so häufig das Opfer ihrer Leichtgläubigkeit. Aufklärung kann vieles, doch stärker wird das eigene Erlebnis.

In den letzten Wochen hat die gegenwärtige Reichsregierung bereits entscheidend in das

**Tarifrecht** eingegriffen. Der Inhalt der Tarifverträge soll nicht mehr unanwendbar den Inhalt der Arbeitsverträge bestimmen, den Arbeitgebern ist das einseitige Recht gegeben worden, für die 31 bis 40 Wochenstunde eine Tariflohnminderung vorzunehmen oder nach Anerkennung der Gefährdung ihres Betriebes allgemein eine Tariflohnminderung bis zu 20 Proz. für sämtliche geleisteten Arbeitsstunden einseitig vornehmen zu dürfen. Damit ist die im Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistete Gleichberechtigung der Arbeiterklasse tatsächlich beseitigt und das Recht der Gewerkschaften, durch Tarifverträge die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit unmittelbarer und unabdingbarer Wirkung zu regeln, ebenfalls teilweise aufgehoben. — Während es im vorigen Wahlkampf noch allein darum ging, einen Abbau des Arbeitsrechts zu verhindern, geht es im jetzigen Wahlkampf bereits darum, die erfolgten Eingriffe in das kollektive Arbeitsrecht wieder zu beseitigen. Daneben ist besonders das allgemeine und gleiche Wahlrecht in schwerer Gefahr. Den Jugendlichen unter 25 Jahren soll es wieder genommen werden. Sie sollen wieder wie in den seligen monarchischen Zeiten, die besonders dem Minister Gayl ein Ideal waren, politisch rechtlos gemacht werden. Koalitions-, Tarif- und Wahlrecht gilt es energisch zu verteidigen. Die Jugend ist daran genau so interessiert wie die alten Arbeiter. Darum ist es nicht schwer, zu entscheiden, wohn sich die arbeitende Jugend zu stellen hat. Früher oder später, einmal erkennt sie, daß ihr gegebener Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft ist. Millionen stehen schon in einer Front: Der Sozialismus, der Befreier der Menschheit aus jeglicher

Not und Knechtschaft, muß errungen werden.

### Der Sozialismus ist kein Fernziel mehr,

er ist praktische Wirklichkeit in dem Augenblick, in dem alle arbeitenden Menschen, junge und alte, solidarisch zusammenstehen und sich die Hand zum Bunde reichen. Je früher sich die Jugend entschließt, Seite an Seite mit den älteren Kollegen und Genossen in Gewerkschaft und Partei zu kämpfen, um so früher wird der Sozialismus errungen. Als erste Tat gilt es, alle Kräfte für die

### Wahl der Liste 2 (Sozialdemokratische Partei)

am 6. November einzusetzen und darüber hinaus mit aller Energie **werbend** für die freien Gewerkschaften, insbesondere für unseren **Gesamt-Verband** tätig zu sein. Die Kräfte und Stärke, die die Gewerkschaften vor der Wirtschaftskrise besaßen, müssen unbedingt wiedererobert werden. Das ist das nächste Ziel. Dann kann der frisch-fröhliche Offensivkampf wieder aufgenommen werden, um dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen.

**Jugend hilf mit!**

## Schwur den drei Pfeilen



Die Freiheit erwachte, der Schwur ist geleistet!  
Der Sieg wird errungen, das Werk wird getan.  
Wer Freiheit zu schänden sich frechlich erdreistet,  
Drei Pfeile verweisen den Schelm aus der Bahn.  
Im Zeichen der Selbstsucht, im Zeichen der Einheit,  
Im Zeichen des Eisens — so bindet der Eid,  
So bürgt er den Sieg über rohe Gemeinheit,  
So sorgt er, daß Volk sich aus Schande befreit.

Wir ziehn nicht einher in erbettelter Fada,  
Mit heimlich vom Reichtum gespendeten Schuh'n,  
Das lassen wir gerne dem käuflichen Pade,  
Für uns ist viel edlere Arbeit zu tun.  
Die Freiheit zu schirmen, das Volk zu bewahren  
Vor Ketten der Knechtschaft, die Pitter ihm beut,  
So stehen wir da, schwarzrotgoldene Scharen,  
Im Dienste der Freiheit, so morgen wie heut.

Die Pfeile, sie mahnen, die Pfeile, sie weisen,  
Die Pfeile, sie kündigen: Das ist deine Pflicht!  
Sei stark wie die Eiche und hart wie das Eisen,  
So gehst du den Weg, der die Rettung verspricht.  
Du gehst ihn im alten verschliffenen Rode,  
Du gehst ihn in Jammer, in Dual und in Not.  
Doch schwinde der Freiheit gewaltige Glode  
Und wahre die Flamme, die himmelan loht!

Die Freiheit ist Ehre, die Freiheit ist Adel,  
Die Freiheit ist Zukunft, die Freiheit ist Recht.  
Die Knechtschaft ist Schande, die Knechtschaft ist Tadel,  
Und wer ihr verdingt ist, kämpft schwächlich und schlecht.  
Da helfen nicht lärmend verkündete Zahlen,  
Da hilft nicht vom Volksfeind gespendetes Geld.  
Die Faust, sie kann morden, das Maul, es kann prahlen,  
Und dennoch: Die Freiheit ist Sieger und Held!

So schreitet denn vorwärts, ihr rüstigen Brüder!  
Die „Eiserne Front“ zeigt des Sieges Panier.  
Wir schlagen die bräunliche Schande danieder,  
Gerechtere, höhere Kämpfer sind wir.  
Wer Freiheit zu schänden sich frechlich erdreistet,  
Drei Pfeile verweisen den Schelm aus der Bahn.  
Die Freiheit erwachte, der Schwur ist geleistet!  
Der Sieg wird errungen, das Werk wird getan!

Henning Duderstadt

## Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

**Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat in der Streitsache Preußen-Reich am 25. Oktober entschieden, daß sowohl die alte preussische Staatsregierung wie der Reichskommissar für Preußen zu Recht bestehen, aber allein die Staatsregierung die Vertretungsbefugnis vor dem Reichsrat, dem Staatsrat und dem Landtag besitzt. Der Staatsgerichtshof hat ferner festgestellt, daß die Begründung der Notverordnung vom 20. Juli auf Art. 48 Abs. 1 RV. nicht gerechtfertigt ist.**

**Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat in einer Wahlversammlung in Landau am 27. Oktober gegen die politischen Methoden der Reichsregierung scharf Stellung genommen.**

**Ein Steinbombardement gegen den ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning haben die Nationalsozialisten in Bamberg nach einer Versammlung des Zentrums veranstaltet.**

**Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am 26. Oktober mit 16 gegen 6 Stimmen beschlossen, auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1933 die Frage der Herabsetzung der Arbeitszeit zu setzen.**

**Als Führer der englischen Arbeiterpartei wurde der Führer der Labour-Fraktion im Unterhaus, Lansbury, an Stelle von Henderson gewählt. Henderson behält das Amt des Generalsekretärs der Arbeiterpartei bei.**

## Aus unserer Bewegung

**Brieg.** In der gutbesuchten Generalversammlung am 22. Oktober gab der Kassierer die Abrechnung des 3. Quartals. Kollege Brieg referierte dann über „Tarifverträge und Gewerkschaften“. Was vom Gesamt-Verband Gemaltes geleistet worden ist, geht daraus hervor, daß für die Jahre 1930 und 1931 nicht weniger als 20 300 000 Mk. allein an Untertreibungen ausgezahlt wurden. Das sind wirklich Leistungen, die jedem Arbeitskollegen zu denken geben. Oder gibt es noch Kollegen, die da glauben, die Arbeitgeber haben die Vorteile des Tarifvertrages dem Arbeiter aus reiner Nächstenliebe in den Schoß geworfen? Am Schluß seiner Ausführungen hat der Redner in der jetzigen Werbeaktion alles daran zu setzen, bis auch der letzte Arbeitskollege organisiert ist. Den Kartellbericht gab Kollege Schöpe. Unter Eingängen wurde auf die Werbeveranstaltungen der Ortsverwaltung hingewiesen.

**Gera.** Am 17. Oktober wurde die vom Verbandsvorstand beschlossene Werbeaktion mit einem wohlgelungenen Filmabend eingeleitet. Die Geraer Stadthalle konnte die Teilnehmer nicht fassen, so daß vielen Mitgliedern kein Einlaß wegen Ueberfüllung gewährt werden konnte. Es wurden die Filme „Brüder“ und „Berliner Stadt- und Verkehrsbilder“ vorgeführt. Die Genossinnen Richter und Schmidt (Mitglieder der „Roten Welle“) rezitierten: „Eine Frage“ von Tucholsky, „Tretmühle“ von E. Kästner, „Du gehst dich schlagen“ von Martinetti, „Streik“ von Berta Lask und „Neues Lebenslied“ von Zech. — Kollege Schütt begrüßte die Mitglieder und ihre Angehörigen und wies mit kurzen Worten auf die Bedeutung dieser Veranstaltung hin. Kollege Maß brachte in seiner Ansprache zum Ausdruck, daß die heute triumphierende Reaktion sich den Zustand, wie er aus dem Film „Brüder“ zu ersehen war, wieder herbeiführt. Der Gesamt-Verband kämpft für die wirtschaftlichen Belange seiner Mitglieder und für alle in den öffentlichen Betrieben und Derwaltungen sowie in den Verkehrsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer. Darum hinein in den Gesamt-Verband und laßt durch Wahl von Sozialdemokraten den 6. November einen Tag der Entscheidung und des Sieges für unsere Befreiung sein.

**Halle a. d. S.** In der Delegiertenversammlung am 22. Oktober gaben die Kollegen Thiem und Ferchlandt den Geschäftsbericht und Kollege Gesslänger den Kassenbericht für das 3. Quartal. An zahlungsmäßigen Unterstufungen hat die Ortsverwaltung 7350 Mk. verausgabt, während der Quartalsetat mit der statischen Summe von 30 518 Mk. bilanziert. — An der regen Debatte beteiligten sich Herzog (Altsherbich), Kahnt (Kämmereibetriebe), Schaumburg (Gruppe Beamte und Angestellte), Günter (Kraftfahrwesen), Rüttermann (Fachgruppe Gas, Wasser, Elektrizität) und Miesner (Handels- und Transportgewerbe). Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich der Ortsgruppenbezirk Halle-Merseburg ebenso krisenfest erweist wie die anderen Bezirke des Gesamt-Verbandes.

**Hannover.** In der Generalversammlung am 18. Oktober referierte Kollege Müller über „Arbeiterschaft und Staat im Spiegel der Zeit“. Aus dem Tätigkeits- und Kassenbericht, der schriftlich vorlag, entnehmen wir: Rechtschuß in Strafsachen wurde in 22 Fällen gewährt. 6 Freisprüche wurden erzielt, in 7 Fällen erfolgte Einstellung des Verfahrens. 725,44 Mk. wurden für Rechtschuß aufgewandt. Zivilklagen wurden 17 erledigt. In 12 Fällen übernahm die Fakultät den Schaden mit einem Betrage von 524,13 Mk. Lohnbewegungen wurden 2 erledigt, die sich

auf 25 Betriebe mit 93 Beschäftigten erstreckten. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 3. Quartals 1932: 7352. Ortskasse und Hauptkasse schlossen mit einer Einnahme von 53 452,90 Mk. ab. Der Hauptkasse wurden 20 156,31 Mk. in bar überwiesen. Gezahlt wurden an Notfallunterstützungen 1100,20 Mk., örtliche Rechtschußkosten 289,95 Mk., Arbeitslosenunterstützungen 3832,15 Mk., Krankenunterstützungen 3150,50 Mk., Todesfallunterstützungen 1535,40 Mk., Rechtschuß — Hauptkasse 725,44 Mk., Invalidenunterstützungen 2755,50 Mk.

**Worms.** Die Funktionärskonferenz am 18. Oktober 1932 beschäftigte sich mit der Werbeaktion. Bezirksleiter Kollege Schmeißer hatte dazu das einleitende Referat übernommen, in dem er in großen Zügen die wirtschaftliche und politische Lage schilderte und so die bringende Notwendigkeit der Verstärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften nachwies. Die Diskussion, an der sich die Kollegen Sieber, Rinkel, Lautenschläger, Ebert und Schmitt beteiligten, war getragen von dem Willen, alles daran zu setzen, um die Absetzenden in die Organisation einzugliedern. Freiheit!

Die neuen

## Notizkalender 1933

erscheinen in einigen Tagen

Wir bringen wieder heraus:

**Allgemeiner Notizkalender 1933**

für alle Berufsgruppen

**Luft- und Kraftfahrt-Kalender 1933**

für Kraftfahrer und Flugzeugführer

**Straßen- und Privatbahner-Kalender 1933**

für Straßen- und Privateisenbahner

**Allgemeiner Deutscher Gärtnerkalender 1933**

für Gärtner, Park- und Friedhofsarbeiter

**Landstraßenwärter-Notizkalender 1933**

für Landstraßenwärter

**Feuerwehrtaschenbuch 1933**

für Berufsfuerwehrmänner

Alle Notizkalender haben wieder die bekannte gute Ausstattung und umfangreichen, interessanten Inhalt.

Jeder Kalender kostet 60 Pfennig

Das „Feuerwehr-Taschenbuch“ kostet 75 Pfennig

Bestellungen nimmt jede Ortsverwaltung entgegen.

## Schütze Deine Familie



durch eine

## Herold-Versicherung

Wir bieten:

Begräbnis-Versicherung, Sterbegeld-Versicherung, Kinder-Versicherung, Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung

Niedrige Prämien, keine Wartezeit  
keine ärztliche Untersuchung

Bei Tod durch Unfall doppelte  
Versicherungssumme

Wir haben:

**1 Million 660 000 Versicherte**

Wir zahlen

im Jahre 1931

**Über 8 Millionen Reichsmark**

für unsere Versicherten aus, und

seit Anfang 1924 bis jetzt über

**42 Millionen Reichsmark**

**Vermögen 80 Millionen Reichsmark**

Verlangen Sie kostenlose unverbindl. Auskunft. Geschäftsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und allen Städten Deutschlands

## Deutscher Herold

**Volks- und Lebensversicherungs-AG.**  
Berlin SW 48, Friedrichstr. 219-220

## RUNDSCHAU

**Papen meidet die Gewerkschaften.** Als Wilhelm II. nach dem Vorbilde Don Quichottes noch seinen Kampf (zwar nicht gegen Windmühlen aber gegen die Sozis) führte, da hielten es nicht nur die Minister, sondern auch die Beamten von höherem Rang unter ihrer Würde, mit den Gewerkschaften dienstlich zu verkehren. Es machte deshalb großes Aufsehen, als in den Septembertagen 1914 ein Hauptmann des Bekleidungsamtes des Gardekorps in einer Versammlung freigewerkschaftlicher Schneider das Wort ergriff. — Nach dem Vorbild Wilhelm II. redet auch der gegenwärtige Reichskanzler recht viel. Er redet mehr als nötig im Rundfunk, er redete in Münster vor den Agrariern und in München und Paderborn vor Industriellen, er erscheint aber nicht in Kundgebungen der Gewerkschaften. Zu der Kundgebung der Ausschüsse des ADGB und des AfA-Bundes am 18. Oktober (siehe die ersten drei Seiten der vorigen Nummer) war die Reichsregierung auch eingeladen. Aber bei der Eröffnung der Tagung mußte Leipart der Versammlung verkünden, daß der Reichskanzler die Einladung mit einem Schreiben erwidert hatte, in dem er mitteilte, die Geschäftslage gestatte es ihm nicht, persönlich auf der Kundgebung anwesend zu sein. Er habe Herrn Ministerialdirektor Sigler (wie gnädig!) beauftragt, die Reichsregierung zu vertreten und ihr einen Bericht über den Verlauf der Tagung zu erstatten. — Diese Nachricht beeinflusste sichtlich die Stimmung der Versammlung. Jedermann erinnerte sich der täglichen Reden des Kanzlers in den Zusammenkünften von Industriellenvereinen, unter denen sich keiner findet, der an Bedeutung für Volk und Staat und Wirtschaft dem ADGB und dem AfA-Bund gleichkommt. In dem Gelächter, mit dem die Versammelten die Nachricht vom Fernbleiben des Kanzlers und ihre Begründung aufnahmen, kam in unmißverständlicher Form zum Ausdruck, was man rundum im Saale dachte. Und als Tarnow später scharf auf den Gegensatz zwischen dem

Verhalten des Kanzlers zu den Vereinigungen von Industriellen einerseits, zu den Gewerkschaften andererseits hinwies, als er auch hinzufügte, die Tatsache dieses Gegensatzes belaste die Regierung stärker als die Gewerkschaften — antwortete ihm stürmisch zustimmender Beifall.

**Was geht bei den Christen vor?** Die christlichen Arbeiter-Gewerkschaften haben erkannt, daß die NSDAP. die Truppe des Unternehmertums ist, und sie haben die Abwehrformationen der Volksfront gegen die SA. und die Betriebsstürme der Nazi-Streik-Brecher-Organisation (ISBO.) gebildet, die an der Seite der Eisernen Front gegen den braunen Terror kämpft. Auf dem Düsseldorfer Kongreß hat Jakob Kaiser anscheinend scharfe Worte gegen die Nationalsozialisten gefunden:

„Der Nachfimmel Adolf Hitlers hätte niemals die Nationalsozialisten so aufpeitschen können, wenn nicht das Sündengeld der Reaktion das seine dazu getan hätte.“

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ berichtet, daß „stürmischer Beifall“ die Zustimmung der Delegierten ausdrückte:

„Keine Bewegung“, fuhr Kaiser fort, „die sich zum Mittel eigennütziger Zwecke hinabdrücken läßt, kann volkserneuernd wirken... Hinter der nationalsozialistischen Bewegung hat sich die Reaktion vorgeschoben.“

Diese eindeutige Stellungnahme gegen die Braunhäusler, die Feststellung, daß ohne Hitler kein Papen möglich war, hat die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, glatt

unterschlagen, genau so wie das Bekenntnis Ottes zur Volksfront! Ist das auf den Einfluß des naziverseuchten „Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes“ zurückzuführen oder darauf, daß der christliche Gewerkschaftsführer Imbusch auf Wunsch des Zentrums mit den braunen Gewerkschaftsfeinden verhandelt?

### Seid einig!

Was bricht die harten Ketten?  
Was bricht die Sklaverei?  
Was kann die Massen retten?  
Was macht die Armen frei?  
Was schlägt die braunen Horben?  
Was schreit das Kapital?  
Was fühlt ihr aller Drien  
In Not und Elendsqual?  
Längst ist es Zeit!  
Hört ihr den Schrei?

### Durch Einigkeit kämpft ihr euch frei!

Die Front formiert!  
Der Arbeit Kraft  
vereint marschiert,  
vereint es schafft!

Schließt euch zusammen,  
stark und frei!  
Mit uns der Sieg!  
Mit Liste 2!  
Sozialdemokraten!

Das ist die Salem-Fabrik

# Das Raucher-Ideal

ist im Grunde genommen  
stets dasselbe:

Die milde Zigarette von hochwertigen orientalischen Tabaken.

Daher steht an der Spitze  
aller deutschen Marken seit  
Jahrzehnten

die milde  
**SALEM 3<sup>1</sup>/<sub>3</sub>M**

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

# SCHRIFTEN UND BÜCHER

(Besprechung vorbehalten)

**Gewerkschafts-Archiv.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Sozialökonomische Rundschau“. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Oktoberheft 1932. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 Mfr.

**Nationale Stellenjuche als Mittel zum Aufstieg von Dipl.-Ing. Theodor Seewann.** Mit einem Anhang: Arbeit in USA. und Rußland. Kartonierte 1,80 Mfr. Felsen-Verlag, München 19.

**Dr. Gregor Dienstod: Kampf um die Macht.** — Zur neuen Politik der Sozialdemokratie (Preis 10 Pf.). E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30.

**„Von Stinnes bis Kreuzer.“** Eine ganze Helbengalerie gestürzter Größen des Kapitalismus marschiert in dieser neuen 10-Pfennig-Broschüre auf, die der Dieck-Verlag, Berlin, herausgegeben hat. Wenn das die Säulen einer „von Gott gewollten Ordnung“ sind, ist es kein Wunder, daß es nicht vorwärts geht in der Welt. Beim Lesen dieser Schrift wird jedem klar, daß dem kapitalistischen System nicht mehr zu helfen ist. Ueber die Schrift werden alle Sozialistenfreier geistern. Sollen sie! Wir werden trotzdem nicht müde werden, immer und immer wieder durch klassische und nicht wegzuleugnende Beispiele dem Kapitalismus die eigene Maske vorzuhalten.

Kollegen! Werbt stets für den Gesamtverband und lest eure Verbandspreise!

# Wir wollen 100 000 neue Kunden werben

und geben daher gewaltige Posten bester Webwaren zu unseren unerhört billigen

## Zielstandspreisen

ab. Kleidemengen liegen für Sie bereit.

- Einige Beispiele:**
- 14 **Weißes Wäschetuch** aus feinen Garnen, etwas leichtere Qualität, jedoch unbedingt gebrauchsfähig, außergewöhnlich billig 70 cm breit . . . per Meter **-.18**
  - 218 **Hemdenflanell** rohweiß, mit blauen Streifen, warme Sorte, ganz außergewöhnlich preiswert 70 cm breit . . . . . Werbepreis per Meter **-.25**
  - 33 **Echt Wiesentaler Wäschetuch** weiß, von vorzüglicher Haltbarkeit, fest u. dicht gewoben, für alle Zwecke, weit unter normalem Preis, vollständig fehlerfrei, 80 cm brt., per Mtr. nur **-.30**
  - 1010 **Körper-Hemdenflanell** extra stark, roh-echten Streifen, denkbar dicht- und festig, warm, unverwüsllich, richtige strapazierfähig, ca 80 cm breit . . . . Tiefstandspreis per Meter **-.38**
  - 1006 **Strickwolle** garantiert reine Wolle, äußerst starke Qualität, in den Farben schwarz u. graumeliert, außerordentlich günstig, denkbar ergiebig, 100 gr = 1/8 . . . nur **-.43**
  - 362 **Hausfrauen-Schürzenstoff** allerbeste u. s. ärkste Qual. tät, schwere Hausmachertsorte, ungeheuer billig, beste Muster, einfarbig, gestreift oder kariert, normaler Preis bis RM. 1.20, ca. 120 cm breit . . . . . Werbepreis per Meter nur **-.68**
  - 780 **Halbleinen** für Kissens und Bettlicher, gute dichte fädige Mittelqualität, überaus gebrauchsfähig, weiß, beispiellos billig, 150 cm breit, per Meter 1.25, 81 cm breit per Meter **-.68**
  - 122 **Blumen-Makodamast** mit prachtvollstem neuen, schönen Muster, hervorragende Aussteuerware, feine Ausführung, ohne Füllappretur, blütenweiß, 130 cm brt. 1.25, 80 cm breit, per Meter **-.75**
  - 576 **Warme Winterschlupf hose** hervorragend halbar innen mollig weich, waschecht, alle Größen, nicht mit gewöhnlichen Qualitäten vergleichbar . . . . . Werbepreis per Stück nur **-.75**
  - 43 **Starker Bettuchstoff** ganz dicht und fest, aus starken Garnen, weiß, ohne Füllappretur, für ganz gute Bettücher (Laken), 150 cm breit, per Meter **-.88**. . . . . Werbepreis 140 cm breit per Meter **-.78**

**Jeder Preis ein Sorgenbrecher!**  
Schöne Zugaben in Waren oder bar!

Bestellen Sie bitte sofort oder verlangen Sie unsere reichhaltige Preisliste oder kleine Muster, welche Ihnen völlig kostenlos zugesandt werden. Garantie: Umtausch oder Geld zurück!

Sparen auch Sie durch Direkt-Kauf bei der:

Textil-Manufaktur  
**Haagen**  
WILHELM SCHÖPFLIN  
Haagen 785 B. Baden

**LEST DEN VOLKSFUNK**



# Togal

unübertroffen bei  
**Rheuma / Gicht  
Kopfschmerzen**  
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

**Ohne Diät**  
bin ich in kurzer Zeit  
**20 Pfd. leichter**  
geword. du. ch ein einf. Mittel, welches ich jed. gern kostenl. mitteile.  
Frau Karla Mast, Bremen B. C. 68

**Vollschlank!**  
Schöne Biiste u. Kö. perform könn. Sieselb. erziel. durch einfach unersch. d. Methode. d. ich lhn. kostenl. verrate.  
**Frau M. KUMMEL**  
Bremen B. 52

Man fertigt sich alles selbst d. die schöne Laubsjägerel. Nat. gratis.  
**J. BRENDL**  
Limburgerhof 95, Pfalz  
ALLES BILLIGER!  
Westfalia Werkzeug Co.  
Hagen 101 I, W.  
Werkzeugliste gratis



## Die erfolgreichen und verjüngend wirkenden Herbifkuren mit Philippsburger Herbaria-Kräuterheilmitteln

haben schon Zehntausenden Kranken die verlorene Gesundheit zurückgebracht. Niemand sollte daher versäumen, gerade jetzt im Herbst eine solche Kur durchzuführen, denn leider sind nur wenige Menschen ganz gesund, sondern fast alle tragen die Veranlagung zu Krankheiten in sich und fallen diesen beim Witterungswechsel und ganz besonders beim Uebergang vom Herbst zum Winter zum Opfer. Darum ist jetzt die gegebene Zeit, dem Organismus neue Kräfte zuzuführen, um die herbifkuren Gesundheitsstörungen zu beheben und die Gesundheit zu stärken.

**Die Natur erzeugt die geeigneten Mittel hierzu!**  
Aus den saftigsten und wirksamsten Herbstkräutern haben wir auf Grund von Jahrhundertealten, überlieferten Erfahrungen und den neuesten Ergebnissen der Forschungen auf dem Gebiet der Pflanzenheilkunde erprobte Kräuteressenzmischungen gepreßt und gegen nebenstehende Krankheiten aufmengestellt, die wir jedem Leidenden zur Kurdurchführung nur wärmstens empfehlen können. Wir liefern diese Kräuteressenz unter den nebenstehenden Nummern in Flaschen mit je 160—175 Gramm Inhalt zu 2,00—3,00 RM. per Flasche je nach Sorte (Nummer). Für Kuren werden 6—10 Fl. benötigt. Ferner empfehlen wir auch unsere altbewährten Kräuterheilmittel in Tropfenform in nachstehenden Verbrauchsformen gegen nebenstehende Krankheiten:

Kräuter-Tees	Kräuter-Pulver	Kräuterpulver-Kapseln
Pat. 2.— bis 3.—	Patet 2.— bis 3.—	Padungen 3,60 u. 2,50
Kräuter-Tabletten	Kräuter-Dragees	
200 Tabletten 3.—	150 Stück 3.—	

Unsere verschiedenen Verbrauchsformen ermöglichen es jedermann, auch während der Arbeit und auf Reisen, wo nicht immer zur Tee-Zubereitung Gelegenheit ist, die Kur durchzuführen.

Prospekte und Muster kostenlos.  
Alleinhersteller: Herbaria-Kräuter-Paradies Philippsburg, G. m. b. H., Philippsburg 305 (Baden).

**Verzeichnis d. hauptsächlichsten Herbaria-Kräuterarten:**  
Nr. Anzuwenden bei:  
3 Appetitlosigkeit, Magen-schwäche  
4 Arterienverfall., Blutdr.  
6 Asthma- u. Atembeschw.  
11 Bettläger., Blasenschw.  
12 Blasen- u. Nierenleiden  
14 Bleichsucht u. Blutarmut  
19 Unreines Blut, Gesichtsw. u. Hautausschl., Geschwülste  
20 Blutkreislaufstörungen  
23 Brust- u. Lungenentzündung  
26 Darmträgheit, Stuhlverstopfung  
29 Diabetes (Zuckerkrankh.)  
32 Fettsuche, Kopulenz  
34 Epilepsie und Krampfaufstände  
40 Gallensteine und Gallengr. eck  
44 Harnsäure, Gicht, Rheuma, Ischias  
49 Hämorrhoidalbeiden  
52 Herzschwäche, Herzleiden  
60 Kopfschmerzen u. Migräne  
64 Kropf- und Drüsenleiden  
65 Leber-, Milz- und Gallenleiden  
66 Lungenüberkühlung (kalt- u. kiefsäurehaltig)  
68 Magen-schwäche, Magen-säure und Magen- u. Verdauungsleiden  
70 Magen- u. Darmgeschwülste  
80 Nerven-schwäche und Nervenleiden  
82 Genualnervenschwäche  
91 Wasser-sucht, Nierenleiden  
98 Band-, Spul- und Madenwürmer.

Jedermann lese das lehrreiche Buch „Das Herbarien-Verfahren“ v. Kräuter-spezialist Karl Sailer, 208 Seiten stark. Preis RM. 1.— (Bei Bestellung im Werte von RM. 7,50 gratis.)